

Auszüge aus dem Protokoll der öffentlichen Anhörung des Haushaltsausschusses zu Griechenland am 5.5.2010

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Professor Weber hat eben gesagt, alle Volkswirte seien einer Meinung. Möglicherweise meinte er alle, die bei ihm ausgebildet worden sind. Da in der Anhörung die Vielfalt der Meinungen etwas eingeschränkt ist, will ich als Linker in der Anhörung zunächst einmal die Deutsche Bank mit ihrem Sachverstand befragen.

Herr Mayer, Sie haben vor kurzem in der Sendung *Plusminus* sehr gut erklärt, was Exportüberschuss auf der einen Seite und dann Importüberschuss bei anderen Ländern auf der anderen Seite bedeutet. Diese Position bringen wir als Opposition schon länger ein, weil wir meinen, dass es auch eine Angleichung in der Finanz- und Lohnpolitik geben muss; sonst werden wir das, was wir erlebt haben, immer wieder erleben. Hier wird häufig gesagt, dass das nichts anderes heißt, als dass der Klassenbeste Deutschland plötzlich von einer Eins auf eine Fünf gesetzt werden soll. Können Sie darlegen, wie eine Vereinheitlichung der Politik aus Ihrer Sicht aussehen könnte? Darüber hinaus ist gesagt worden, dass die vorgesehenen Auflagen für Griechenland härter sind als alles andere, was es jemals in Europa und vielleicht sogar insgesamt gegeben hat. Es hat aber, glaube ich, noch nie Auflagen für ein Land gegeben, das zu einer Währungsunion gehört und dadurch keinerlei eigenständige Geldpolitik betreiben kann und keinerlei Abwertungsmechanismen mehr hat. Trotzdem sind alle optimistisch, dass diese einschneidenden Maßnahmen greifen und Griechenland helfen werden. Sehen Sie nicht auch ganz erhebliche Risiken, dass mit dieser ganzen Konsolidierungspolitik Wachstumseinbrüche, steigende Arbeitslosigkeit und damit verbunden sogar niedrigere Steuereinnahmen und ein geringerer Konsolidierungsbedarf einhergehen? Ich habe eine weitere Frage, und zwar an Herrn Weber. Können Sie uns kurz aufschlüsseln, wie viel von den 40 Milliarden Euro insgesamt auf den Zentralstaat, dezentrale öffentliche Einheiten, öffentliche Unternehmen, Banken und die sonstige Wirtschaft entfallen? Denn Sie sind eben nur auf die 3 Milliarden Euro eingegangen.

Sachverständiger Dr. Thomas Mayer (Deutsche Bank AG): Ich denke, es ist in der Tat so, dass sich auch die deutsche Wirtschaft darauf einstellen muss, dass manche unserer Kunden nicht mehr so viel Kredit bekommen wie in der Vergangenheit und deshalb ihre Bestellungen bei uns reduzieren. Das heißt, wir müssen auch darüber nachdenken, wie wir unsere Wirtschaft readjustieren, damit wir nicht mehr so stark auf sehr hohe Exportüberschüsse vertrauen müssen, um unsere Arbeitslosigkeit niedrig zu halten. Vor diesem Hintergrund plädiere ich dafür - das habe ich an verschiedenen Stellen zum Ausdruck gebracht -, über eine dynamischere Gestaltung unseres Dienstleistungssektors nachzudenken. Wir haben einen hervorragenden Exportsektor und mit die wettbewerbsfähigste Industrie; aber wir haben sowohl im Bereich der einfacheren Dienstleistungen als auch der gehobenen Dienstleistungen zum Beispiel im Bildungssektor einen Standard, der verbesserungswürdig ist. Wenn wir nach dem, was wir im Industrie und Exportsektor erreicht haben, darangehen, unseren Dienstleistungssektor zu dynamisieren, dann leisten wir in Deutschland durch unsere Wirtschaftspolitik auch einen Beitrag zum Abbau der Ungleichgewichte, denke ich. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, ins Detail zu gehen; aber das wäre ein Beitrag, den wir mittel- und längerfristig leisten können, um die Gleichgewichte wiederherzustellen.

Der zweite Teil Ihrer Frage bezog sich auf die Schwierigkeit, die Auflagen zu erfüllen, wenn ein Land keine Möglichkeit hat, die Währung abzuwerten. Ich hatte anfangs darauf hingewiesen, dass Griechenland, um den Schuldendienst ans Ausland zu leisten, Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaften muss. Es ist in der Tat sehr hart. Es gibt ein jüngeres Beispiel dafür, dass es möglich ist, und zwar Lettland. Lettland ist zwar nicht Mitglied der Währungsunion, aber es hat seine Währung fest an den Euro gebunden. Lettland wollte trotz entsprechender Vorschläge des IWF den Währungsverbund nicht lösen. Es hat sich also, wenn Sie so wollen, auf die Rosskur eingelassen, das Leistungsbilanzdefizit und das Staatsdefizit zu senken. Man muss allerdings vor der lettischen Bevölkerung den Hut ziehen, dass sie bereit war, diese Kur durchzumachen. Denn bis dato ist das Bruttoinlandsprodukt Lettlands um etwas mehr als 25 Prozent geschrumpft. Das heißt also, dass entsprechende Maßnahmen möglich sind; aber eine Gesellschaft muss aus sehr hartem Holz geschnitzt sein, um ein solches Engerschnallen des Gürtels tatsächlich durchzuziehen.

Florian Toncar (FDP): Es wird viel spekuliert über die Rolle von Spekulation. Da möchte ich ein bisschen mitspekulieren. Es ist völlig natürlich, dass in Zeiten sehr großer Unsicherheit über entscheidende Parameter, wie die Entwicklung von Staatsverschuldung oder die Erfolge von Haushaltssanierungen in etlichen europäischen Ländern oder die Frage der Durchschlagkraft der Mechanismen des Stabilitätspakts, die ökonomischen Erwartungen stark auseinandergehen und dadurch Margen für extreme Gewinne, aber auch extreme Verluste eröffnet werden.

Ich möchte Fragen an Herrn Sanio und Herrn Dr. Mayer richten. Wir haben im Grunde eine hohe Unsicherheit, die aber ein Stück weit durch politische Klarheit wieder eingedämmt wird. Herr Sanio hat vorhin, wie ich denke, ganz bewusst einen Begriff verwendet. Er hat von einem „Angriffskrieg“ gegen den Euro gesprochen. Das wirft bei mir die Frage auf - und das ist meiner Meinung nach entscheidend für die Antwort, die wir geben müssen -, ob es jenseits der ökonomischen Unsicherheit und der sehr unterschiedlichen Erwartungen der Marktteilnehmer auch eine machtpolitisch gesteuerte Aktion gibt, vielleicht durch regierungsnahen Ratingagenturen in bestimmten Ländern der Welt, ob die deutsche Bankenaufsicht Anzeichen dafür hat, dass das, was sich zum Beispiel gerade gegen den Euro richtet, nicht nur die übliche zurzeit herrschende ökonomische Unsicherheit ist, sondern tatsächlich, wie das Wort „Angriffskrieg“ andeutet, ein sehr zielgerichtetes und zerstörerisches Vorgehen aus vielleicht ganz anderen Motiven. Ich möchte Herrn Sanio fragen, was er unter „Angriffskrieg“ versteht. Die gleiche Frage möchte ich an Herrn Mayer richten.

Sachverständiger Jochen Sanio (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Herr Weber hat anfangs gesagt, dass all die anderen Länder der Südschiene bzw. die an der Südperipherie angedockten Euro-Länder in einer fundamental anderen wirtschaftlichen Situation sind. Wir können im Internet sehen, wie auch heute wieder die Sätze für Spanien gestiegen sind. Sie können in den Zeitungen und in den Nachrichtendiensten verfolgen, welche Gerüchte gestreut werden. Spanien steht im Fokus. Ich habe allergrößte Schwierigkeiten, das noch in Einklang zu bringen mit der fundamentalen Wirtschaftslage dieser Länder. Ich möchte mir mit Herrn Mayer hier keine Rededuelle liefern. Auch ich komme zu dem Urteil, dass man sich ein besseres Angriffsziel nicht

aussuchen konnte, weil die wahren Daten, die in Griechenland plötzlich auf dem Tisch lagen, schockierend waren. Ich wäre auch der Letzte, der sagen würde, dass Griechenland nur durch finanzinnovative Instrumente an den Rand des Default getrieben worden sei und deshalb gerettet werden müsse. Aber jetzt komme ich einmal dazu, was diese Instrumente bewirken. Herr Mayer hat das - ich widerspreche ihm gar nicht - völlig korrekt geschildert. Wir waren nach meiner Erinnerung im letzten Oktober, November bei 80 Basispunkten für diese materielle Versicherung, genannt CDS, Credit Default Swap. Seinerzeit konnte ich sie mir für 80 Basispunkte für ein Jahr kaufen. Jetzt komme ich aber einmal zu den für mich elementaren Fragen. Herr Mayer hat gesagt, dann hätten Hedgefonds - wer auch immer; das spielt gar keine Rolle - in ziemlich großen Mengen diese CDS aufgekauft, allerdings nicht so, um fair zu bleiben, wie wir es sonst gewohnt sind, dass das Volumen dieser Kontrakte ein Vielfaches der emittierten Bonds beträgt, was ja die eigentliche Sachlage ist. Die griechischen Schulden betragen 300 Milliarden Euro, und meiner Erinnerung nach hatten wir im Februar - mit allen Ungenauigkeiten, die mir jetzt unterlaufen; wir gucken in ein dunkles Loch - ein vermutetes Kontraktvolumen von 70 Milliarden Euro. Aber klar ist: Es wurde zu 80 Basispunkten im Zweifel „naked“, nämlich ohne einen solchen Bond zu haben, von den Leuten gekauft, die darauf hofften - Herr Mayer hat das völlig korrekt dargestellt -, dass die Nachfrage nach diesen Versicherungen steigt und sie die Versicherung, die sie gekauft hatten, dann mit hohem Gewinn an einen, der sie dringend notwendig hatte - von mir aus den deutschen Investmentfonds, der in griechischen Bonds investiert hatte -, verkaufen könnten. Das ist genau so geschehen; denn diese Versicherungen waren im März ungefähr 400 Basispunkte wert. Das heißt, wer zu 80 gekauft und zu 400 verkauft hat, hat 500 Prozent Gewinn in einem guten Vierteljahr gemacht. Jetzt frage ich Sie: Was ist der Nutzen dieses Geschäfts? Ich gebe Ihnen meine ganz elementar-primitive Antwort: Dieselbe Frage hat der Senatsausschuss in einem anderen Zusammenhang Herrn Blankfein gestellt - die Geschäfte wurden ja in den Medien dargestellt -: Wozu gibt es eigentlich die Funktion, die Sie da ausüben? Er hatte darauf - das können Sie sich in dem Video angucken - keine Antwort. Ich sehe in diesen Geschäften auch keinen Sinn und Nutzen. Im Gegenteil, wenn man zu 80 kauft und einen netten Gewinn erzielen will, der sich nach der Geschäftsstrategie in dreistelligen Prozentsätzen bemessen soll, dann sehe ich die große Gefahr, dass man etwas nachhilft, um diesen Gewinn zu erzielen. Weil ich dies so sehe, habe ich zugegebenermaßen mit einem sehr harten Wort gesagt, da werde ein Angriffskrieg geführt, und Griechenland ist der erste natürliche Fall. Aber jetzt sehen wir doch Portugal und Spanien; wer weiß, wer es morgen sein wird. Die Euro-Zone könnte drei auf einmal nicht verkraften. Da ich keinen ökonomischen Sinn sehe, der dem Schadenspotenzial dieser Instrumente entspricht - ich will jetzt nicht auf Warren Buffett zurückkommen; aber er hat schon recht gehabt, als er sagte, dass das Massenvernichtungsinstrumente wie Nuklearwaffen seien -, komme ich zu der Frage, die Sie hier auch in Ihrem politischen Raum bewegt, ob man dort nicht einschreiten muss. Meine Antwort ist ganz klar: Meines Erachtens muss man einschreiten. Wir können Ihnen - das ist unsere Schwäche; das gebe ich sofort zu - das Beweismaterial nicht liefern. Im Moment beruhen selbst die Globalzahlen auf Schätzungen. Es gibt eine Institution in New York, die Depository Trust & Clearing Corporation, die von sich behauptet, dass praktisch „virtually all derivative contracts“ bei ihr registriert seien. Wir sind uns nicht sicher, ob das nicht Reklame ist und ob sie nicht doch nur einen Teil hat. Dadurch bekommen wir aber zumindest Globalzahlen, diese irrsinnigen Summen, die da existieren. Sie hatten am Jahresende 2009 ein CDS-Volumen von 30 Billionen

Dollar - unsere Billionen! - registriert. Dem lagen, aus dem Gedächtnis zitiert, 2,5 Millionen Kontrakte zugrunde. Das sind riesige Summen, und mir kann niemand erzählen, dass ich mit diesen Summen nicht ganz erhebliche Einschläge an ausgesuchten Märkten herbeiführen kann. Ich will mich nicht wiederholen. Meine ganz einfache Grundlinie ist: Solange mir niemand nachweist, dass es hohen ökonomischen Nutzen bringt, dass diese Geschäfte betrieben werden können, und auf der anderen Seite ein irrsinniges Gefahrenpotenzial besteht, müssen wir uns mit der Frage beschäftigen, wie wir diese Geschäfte eingrenzen. Ich hatte Ihnen ja schon in meinem ersten Beitrag meine Meinung dargestellt, dass das Verbot sehr schwierig ist und dass es vielleicht andere Möglichkeiten gibt, hier das, was auf Englisch „containment“ heißt, in die Märkte zu bringen.